

## Ein Mann und eine Frau stürzten beim Wandern in den Tod

**NEUSTIFT, JUDENBURG.** Eine Wanderin ist am Donnerstag in den Stubai-Alpen tödlich verunglückt. Die Frau dürfte beim Abstieg vom Großen Törgler in Richtung Sulzenauhütte bei einer stahlversicherten Stelle rund 80 Meter über steiles, felsdurchsetztes Gelände abgestürzt sein, berichtete die Polizei. Zwei nachkommende Wanderer entdeckten sie und verständigten die Einsatzkräfte, die aber nur mehr ihren Tod feststellen konnten. Die

Identität der Frau war laut Polizei noch unklar, es wurde eine Obduktion angeordnet.

Bei einer Wanderung am Peterer Sattel in Obdach (Bezirk Murtal) verunglückte ebenfalls am Donnerstag ein 73-jähriger Grazer tödlich. Der Pensionist stürzte am markierten Wanderweg über einen steilen Hang rund 50 Meter ab, berichtete die Polizei am Freitag. Er war Teil einer 14-köpfigen Wandergruppe. SN, APA



### KRITIKRAX

**Berlin wird seinem Wapentier, einem Bären, gerecht. Wollte uns da jemand mit einer entlaufenen Löwin einen Bären aufbinden?**

## Bankmitarbeiter erkannte zwei Trickbetrüger im Foyer

**LINZ.** Zwei junge Männer aus den Niederlanden führten an einem Bankautomaten im Foyer eines Linzer Geldinstituts sieben Behebungen von verschiedenen Konten durch. Der Sicherheitsbeauftragte der Bank, der das Duo Donnerstagmittag anhand von früheren Videoaufnahmen wiedererkannte, rief daraufhin die Polizei. Denn nach Barbehebungen hatte es zuletzt gehäuft Rückforderungen gegeben. Wie

die Polizei am Freitag berichtete, stehen die beiden Niederländer (20 und 21 Jahre) im Verdacht, durch sogenannte Phishing-SMS von ihren Opfern die Bankzugangsdaten erlangt zu haben. Damit sollen sie dann virtuelle Bankkarten angelegt haben, die sie auf Mobiltelefonen und Smartwatches registrierten. Die beiden Männer wurden festgenommen, sie sind laut Polizei zum Teil geständig, umfangreiche Ermittlungen laufen.

# Bund steht zum Wasserstoffzug

Nach dem Abgang des Technik-Vorstands der Zillertalbahnen rechnen in Tirol viele außerhalb der ÖVP mit einem Scheitern des Wasserstoffprojekts. Der Bund hält an Fördervereinbarung fest.

GERALD STOIBER

**INNSBRUCK, WIEN.** Seit Jahren wird bei der Zillertalbahnen (ZVB) in Tirol, die mit Dieseltriebwagen aus den 1980er-Jahren fährt, eine Umstellung auf Wasserstoffantrieb vorbereitet. In einer der stärksten Tourismusregionen des Landes soll die 32 Kilometer lange Schmalspurbahn zwischen Jenbach und Mayrhofen als besonders umweltfreundlicher Verkehrsträger positioniert werden.

Mit Strom aus Wasserkraft, der in den Kraftwerken des Verbunds im Talschluss gewonnen wird, soll dort durch Elektrolyse Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff aufgespalten werden. Mithilfe eines vom Klima- und Energiefonds des Bundes geförderten Forschungsprojekts soll im Zillertal „der erste wasserstoffbetriebene Triebwagenzug für die Schmalspur“ entwickelt werden, so die staatliche Forschungsförderungsgesellschaft (FFG).

Das Projekt war ursprünglich mit rund 80 Millionen Euro veranschlagt. Federführend damit beauftragt war bei der ZVB der aus der Stadt Salzburg stammende Manager Helmut Schreiner. Interessanterweise war in Tirol die ÖVP stärker dafür als ihr früherer Koalitionspartner, die Grünen. Mit dem Wechsel im Vorjahr zur SPÖ als Juniorpartner hat sich das auch nicht verändert, doch das will offiziell derzeit niemand sagen. Die Grünen sind inzwischen offen dagegen.

Denn nach dem erzwungenen Abgang Schreiners wegen seines



Über die geplante Umstellung der Zillertalbahnen auf Wasserstoffantrieb gibt es viele Diskussionen. BILD: SN/ZILLERTALBAHN

falschen Dokortitels und einer als Plagiat entlarvten Dissertation, die noch gar nicht angenommen war, schien das Wasserstoffprojekt endgültig zu wackeln. Zwar hatte das Land Tirol im Juni – trotz erheblichen

### Wer trägt Mehrkosten bis zu 180 Millionen Euro?

cher Mehrkosten, die ein Gutachten des deutschen Beratungsunternehmens KCW aufgezeigt hatte – grünes Licht gegeben. Doch so richtig war sich nur noch der ÖVP-Tourismussprecher und mächtige Seilbahner Franz Hörl als Aufsichtsratsvorsitzender der Zillertalbahnen dafür auf die Schienen.

Die Mehrkosten gegenüber einer

Elektrifizierung mit Oberleitung berechnete KCW auf eine Laufzeit von 30 Jahren. Sie betragen im Jahr mindestens 2,77 Millionen Euro, insgesamt also zumindest 83 Millionen, die Obergrenze liege aber bei 180 Millionen. Zudem wurde kritisiert, dass kein Vergleich etwa zu einem Elektroantrieb mit Akkutriebwagen angestellt wurde, was auf der kurzen Bahnstrecke naheliegender wäre. Das von Leonore Gewessler (Grüne) geführte Ministerium für Klimaschutz und Infrastruktur teilte den SN am Freitag auf Anfrage mit, das Projekt „HyTrain“ sei von einer unabhängigen Jury ausgewählt und es eröffne auch Exportchancen der heimischen Bahnindustrie. Wegen der bisherigen Verzögerungen komme es nun aber

darauf an, dass der ab September geplante Probetrieb mit einem Testzug gelinge. Die Züge kommen vom Schweizer Hersteller Stadler Rail und sollen 100 Millionen Euro kosten. Bestellt wurde noch nicht, Stadler steht weiter hinter dem Projekt.

2019 hieß es, eine Elektrifizierung der ZVB mit Oberleitung würde 22 Millionen Euro kosten, die Infrastruktur für den Wasserstoffantrieb nur 17 Millionen Euro. Kritiker sagen, der Bund könne bei maximal 50 Prozent Förderung aber gesetzlich für Wasserstoff nicht mehr Geld lockermachen als für eine normale Oberleitung. Das Forschungsprojekt erhält vom Bund bis zu 3,1 Millionen Euro Förderung.

## Gemeindebund berät über Riedls Grundstücksdeal

**GRAFENWÖRTH.** Der Gemeindebund berät nächsten Dienstag in einer außerordentlichen Sitzung über Grundstücksverkäufe von Präsident Alfred Riedl in Grafenwörth (Bezirk Tulln), wo der ÖVP-Politiker Bürgermeister ist. Riedl werde die Hintergründe der Grundstücksverkäufe erklären. Eine Rücktrittsdebatte stehe nicht auf der Tagesordnung, hieß es am Freitag. Riedl soll durch Grundstücksverkäufe in seiner Heimatgemeinde mehr als eine Million Euro verdient haben. Auf den veräußerten Flächen wurden zum Teil bereits Reihenhäuser errichtet. SN, APA

## Bankräuber gestand vor seinem Tod

Serientäter hatte in Liftschacht Waffen, Munition und Bargeld versteckt.

**WIEN.** Kurz bevor ein 36-jähriger in seiner U-Haft-Zelle freiwillig aus dem Leben schied, verfasste der Mann noch 17 Abschiedsbriefe – darunter einen dezidiert an die Polizei gerichtet. Darin gestand der Verdächtige den Besitz und das Verstecken einer im Herbst 2022 aufgefundenen automatischen Schusswaffe. Zudem sei er zum letzten Raubüberfall vom 14. April 2023 geständig gewesen, sagte Philipp Haßlinger, Sprecher der Polizei Wien. „Er gab an, aus Geldnot gehandelt zu haben, er wollte sich und seiner Familie ein besseres Leben bieten. Zugleich lieferte er im Brief einen Hinweis auf ein weiteres Versteck.“



Waffen in Liftschacht versteckt. BILD: SN/FPD WIEN

In einem Aufzugsschacht in Wien-Brigittenau hatte der Wiener eine schwarze Maschinenpistole, eine silberfarbene sowie eine schwarze Pistole, 260 Schuss Muni-

tion und eine niedrige fünfstellige Euro-Summe versteckt.

Die Polizei geht von einem Serientäter aus. Der Mann war 2011 wegen schweren Raubes zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt und 2017 entlassen worden. Kurz darauf soll der 36-Jährige wieder rückfällig geworden sein. Die Ermittler schreiben ihm von 2017 bis zu seiner Verhaftung im April insgesamt neun Raubüberfälle zu (acht in Wien, einen in Linz). Bei einem Raub im April 2020 soll er einer unbeteiligten Frau in Wien-Donaustadt in den Rücken geschossen haben, sie wurde schwerst verletzt. **pef**

## Niederösterreich: Land verbietet das Binnen-I

Ab 1. August gilt für alle amtlichen Schriftstücke ein Gender-Erlass.

**ST. PÖLTEN.** In der niederösterreichischen Landesverwaltung gilt ab August ein Gender-Erlass. Demnach ist bei allen amtlichen Schriftstücken den Empfehlungen des Rats für deutsche Rechtschreibung Folge zu leisten. Festgelegt ist in dem Erlass eine sprachliche Gleichstellung von Frauen und Männern bei gleichzeitigem Verzicht auf Gender-Stern, -Gap, -Doppelpunkt und Binnen-I.

Das Regelwerk des Rats für deutsche Rechtschreibung werde „für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung ab 1. August 2023 in die Kanzleiordnung des Landes Niederösterreich übernommen“, wurde am Freitag mitgeteilt. Damit solle man für einen einheitlichen Auftritt nach außen und für die bessere Lesbarkeit und Verständlichkeit amtlicher Texte. Zuvor gab es nach Angaben des Landes eine verbindliche Empfehlung zum Gendern. Jetzt gelten die erlassenen Regeln verpflichtend, womit bei wiederholten Verstößen disziplinarische Maßnahmen drohen.

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP): „Bei uns heißt es heute und auch in Zukunft: Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, Damen und Herren.“ Nachsatz: Das sei „für normaldenkende Menschen der völlig logische und pragmatische Zugang“. Und Vize-LH Udo Landbauer (FPÖ): „Wir schieben dem Gender-Wahn einen Riegel vor und setzen damit einen Befreiungsschlag.“ SN, APA

## Pädophiler Täter kommt zur Therapie in Anstalt

**WIEN.** Ein 40-jähriger gab am Freitag am Wiener Landesgericht zu, sich in Missbrauchsabsicht im Darknet ein zehnjähriges Mädchen „bestellt“ zu haben. Zu dem Treffen kam es aber nicht. Dessen ungeachtet wurde der Mann bei einer Strafdrohung von bis zu fünf Jahren zu einer dreijährigen unbedingten Freiheitsstrafe verurteilt und seine Unterbringung in einem forensisch-therapeutischen Zentrum angeordnet. Gutachter Peter Hofmann hatte eine schwerwiegende psychische Störung festgestellt. Der Mann sagte, er wolle selbsttherapiert werden, und nahm das Urteil an, es ist rechtskräftig. SN, APA